

Diese Aktion hat eine große Debatte in der taiwanesischen Öffentlichkeit ausgelöst. Einerseits empfand man dies als eine Selbstdegradierung zu einer Lokalregierung, andererseits wurde es aber auch als Anerkennung Beijings als gleichberechtigte Regierung durch Taipei interpretiert - neulich sprach der Außenminister der Taipeier Regierung, Lian Zhan (Lien Chan), von einer "flexiblen Außenpolitik" mit dem Leitgedanken von "einem Staat, zwei gleichberechtigten Regierungen".

Innerhalb der Delegation hatte es von Anfang an schon große Meinungsverschiedenheiten um die Frage der Beteiligung an der Eröffnungszereemonie gegeben. Schließlich hat Guo Wanrong als Leiterin der Delegation, die von Taipei eine Entscheidungsvollmacht dazu bekommen hatte, die Beteiligung beschlossen. Sie erklärte, daß es dabei nur um die Teilnahme an der ADB-Veranstaltung, nicht aber um allgemeine Außenpolitik gehe.

Pressemeldungen zufolge hat die Führung in Taipei im April einen Monat lang über die einzelnen Schritte zur Beteiligung der ADB-Tagung in Beijing ausführlich diskutiert. Ministerpräsident Yu Guohua (Yu Kuo-hwa) war deutlich gegen die Beteiligung an der Eröffnungsfeier. Zufällig oder nicht zufällig ist er nach der Rückkehr der Delegation von seinem Amt zurückgetreten.

Noch vor Rückkehr der Delegation sind 300 Fischer mit 19 Kuttern nach dem "ADB-Modell" von Nordtaiwan aus zu einer Pilgerfahrt zur Göttin für den Schutz der Navigation "Mazu" nach Fujian aufgebrochen, obwohl eine direkte Verkehrsverbindung zwischen beiden Ufern der Taiwan-Straße und eine Reise nach dem chinesischen Festland für Touristen von den taiwanesischen Behörden immer noch nicht erlaubt sind. (LHB und CP, 1.-12.5.89) -ni-

## Hongkong und Macau

\*(29)  
**Demonstrationen mehrerer Millionen Einwohner von Hongkong zur Unterstützung der Studentenbewegung in Beijing**

In den beiden letzten Wochen des Mai gingen mehrere Millionen Einwohner der britischen Kolonie Hongkong auf

die Straße bzw. zu Massenversammlungen, um ihre Sympathie und Unterstützung für die demokratische Bewegung der chinesischen Studenten in Beijing zu zeigen. Am 17. Mai versammelten sich zuerst rd. 7.000 Studenten im Victoria-Park, dann marschierten sie zum Gebäude der *Xinhua*-Presseagentur, der wichtigsten amtlichen Repräsentation der VR China in Hongkong, und übergaben dort einen Brief mit 60.000 Unterschriften für ihre Unterstützung der Forderung der Studenten in Beijing nach mehr Demokratie. Gleichzeitig traten 13 Studenten am gleichen Ort in einen Hungerstreik. Drei Tage später, als die chinesische Regierung unter Li Peng am 20. Mai den Ausnahmezustand über Beijing verhängte und zur Unterdrückung der Studentenbewegung Truppen in die Hauptstadt sandte, demonstrierten über 40.000 Menschen aus allen Kreisen trotz des stürmischen Wetters vor der Presseagentur *Xinhua*. Am folgenden Tag, dem 21. Mai, nahmen über eine Million Bürger an einem gigantischen Demonstrationenzug durch die Stadt teil, der acht Stunden dauerte. Sie warnten die Regierung in Beijing davor, die Volksbefreiungsarmee zur Unterdrückung des eigenen Volkes einzusetzen.

Am 24. und 26. Mai gab es wieder eine Demonstration von über Zehntausenden von Bürgern und eine Kundgebung von 20.000 Jugendlichen gegen die Regierung Li Peng und für die Demokratie in China. Am 27. Mai fand ein 12stündiger Marathonchor unter dem Titel "Demokratischer Gesang für China" in der Stadt statt, an dem über 300 Künstler und 500.000 Bürger teilnahmen. Dabei wurde Geld in Höhe von über 13 Mio. HK\$ (umgerechnet rd. 1,7 Mio. US\$) zur Unterstützung der Studentenbewegung in Beijing gesammelt. Einen Tag darauf marschierten wieder rd. 1 1/2 Millionen Bürger von 14.00 bis 22.00 Uhr durch die Stadt, um bei der Aktion "Demonstration aller Chinesen auf der Welt für Demokratie" am 28. Mai teilzunehmen. (DGB, 19.-30.5.89)

Die Bevölkerung von Hongkong, die zur Zeit rd. 5,7 Millionen beträgt, hat in der Vergangenheit wenig politisches Interesse gezeigt. Die leidenschaftliche Unterstützung der demokratischen Bewegung der Studenten in Beijing ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß die britische Kolonie in acht Jahren, 1997, an die VR China zurückgegeben werden soll. Es geht bei den Demonstrationen also auch um die eigene Zukunft. -ni-

\*(30)

**Neue Welle von Boots-Flüchtlingen nach Hongkong**

Im Laufe des Berichtsmonats hat die Zahl vietnamesischer Flüchtlinge nach Hongkong drastisch zugenommen. Allein am 29. Mai sind 21 Boote mit 863 Flüchtlingen an Bord in der britischen Kolonie eingetroffen, ein Aufnahmerecord an einem Tag. Im ganzen Monat wurden 9.001 neue Boots-Flüchtlinge aufgenommen, 6.000 mehr als im Vormonat. Die Zahl in den ersten fünf Monaten d.J. betrug nach offiziellen Angaben 13.000. Zur Zeit leben über 43.000 Flüchtlinge in den Aufnahmelagern, rd. 7,6% der Bevölkerung. Der neue Flüchtlingsstrom macht den Behörden viel zu schaffen. Neue Lager müssen errichtet werden.

Im Juni des letzten Jahres wurde in Hongkong ein Prüfverfahren eingeführt, um bei neuen Ankömmlingen festzustellen, ob sie vor politischer Verfolgung geflohen sind. Die Wirtschaftsflüchtlinge werden aber nur aufgefordert, freiwillig in die Heimat zurückzukehren. Bis zur letzten Mai-Woche wurden aber erst 1.500 der 18.000 Betroffenen einer Ermittlung unterzogen und nur 136 von ihnen als politische Flüchtlinge anerkannt.

Der neue Zustrom von "Boat People" und das schleppende Verfahren mit der freiwilligen Rückkehr der Wirtschaftsflüchtlinge löste große Emotionen unter der chinesischen Bevölkerung aus, weil alle Flüchtlinge aus der VR China zur Rückkehr gezwungen wurden. Daher wurde London aufgefordert, auch Zwangsrepatriierung gegen die vietnamesischen "Boat People" einzuführen. Auch Beijing, das Hongkong 1997 zurücknehmen wird, drängte die britische Regierung, mit harten Maßnahmen das Problem schnell zu lösen. Es wurde vorgeschlagen, Hongkong nicht mehr als "erste Aufnahmestation" gelten zu lassen. Mitte Juni wird die UNO eine Konferenz über das Problem der indochinesischen Flüchtlinge in Genf einberufen. (DGB, 8.5.-1.6.89; IHT, 4.5.89; FEER, 25.5.89) -ni-